

Wie inklusiv und nachhaltig wird die Informationsgesellschaft nach dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft organisiert sein?

Rainer Kuhlen¹

Journée de Réflexion der Schweizer Bibliothekarinnen und Bibliothekare

"Die Stellung der Bibliotheken in der Informationsgesellschaft"

Freiburg, 12. Juni 2003

VORVERSION (nicht endkorrigiert)

1. Das Thema des Weltgipfels (WSIS)

Eine Weltkonferenz ist immer ein besonderes Ereignis der Völkergemeinschaften – ganz unabhängig von den erzielten Ergebnissen, auf die man sich nach langem Ringen dann irgendwie doch geeinigt hat. Sie ist deshalb ein besonderes Ereignis, weil ein Thema, das Thema der aktuellen Konferenz, die Welt, natürlich in unterschiedlichem Ausmaß, für einen gewissen Zeitraum beschäftigt, in der Regel ein gutes Jahr.

Die Welt legt sozusagen eine Besinnungspause ein, lässt die Entwicklung nicht einfach sich weitertreiben. Alle müssen sich der Herausforderung stellen, sich ihrer Interessen an dem jeweiligen Thema bewusst zu werden, die Präferenzen und Ziele zu definieren, Strategien zur Umsetzung und ggfl. Abwehrstrategien zu entwickeln, um nachteilige Entwicklungen schon im Vorfeld abblocken zu können. Das sind die Gestaltungschancen der Politik und die Mitbestimmungschancen der anderen Gruppierungen der Gesellschaft.

Natürlich muss es ein Thema sein, an dem alle Staaten und im Prinzip alle gesellschaftlichen Formationen in diesen Staaten Interesse haben bzw. noch dringlicher: von dem sie direkt betroffen sind. Die letzte Weltkonferenz in Johannesburg über Nachhaltigkeit, in Fortsetzung der noch stärker die Weltöffentlichkeit mobilisierenden und verändernden Rio-Konferenz von 1992 mit ihrem Agenda 21-Appell, hatte ein solches Thema.

Der „World Summit on the Information Society“ (WSIS) hat ein ähnlich globales Thema – was könnte globaler sein als die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft. Eine große Chance bestünde darin – wir zweifeln allerdings, ob sie ergriffen wird –, wenn WSIS über den Begriff der Nachhaltigkeit unmittelbar an den Johannesburg-Gipfel anknüpfte, indem die Programmatik der Nachhaltigkeit von den natürlichen Umwelten auf die elektronischen Umgebungen, die elektronischen Räume des Internet, übertragen würde.

Verbindet man das Konzept der Nachhaltigkeit mit dem der Inklusivität, so hätte man das zentrale Thema von WSIS: in Richtung nachhaltiger inklusiver Informations- und Wissensgesellschaften. Das ist auch das Generalthema unserer Darstellung.

Wir wollen im Folgenden WSIS unter folgenden Gesichtspunkten besprechen:

- Zu Beginn wollen wir das Thema von WSIS in der Spannung von Informations- und Wissensgesellschaft diskutieren und einige Interessen daran herausarbeiten.
- Im Anschluss soll das Ausmaß einer partizipativen Organisation von WSIS problematisiert werden, die vor allem für die Zivilgesellschaft zu einer entscheidenden Herausforderung wird.

- Wir stellen die besondere Rolle der Zivilgesellschaft heraus,
- artikulieren zivilgesellschaftliche Skepsis bezüglich des Innovationsgrades und des Entwicklungs-/Veränderungswillens von WSIS,
- gehen speziell auf die Chancen eines globalen Ausgleichsmodells ein,
- diskutieren, ob WSIS unterwegs in Richtung eines globalen Konsenses ist,
- leiten Trends aus den bisherigen Stellungnahmen ab und
- versuchen abschließend, den Bibliotheksbereich im WSIS-Prozess zu positionieren.

2. Informationsgesellschaft oder Wissensgesellschaft?

Problematisieren wir kurz den Titel von WSIS. Ist es überhaupt richtig, den Singular-Begriff zu gebrauchen, wo dieser doch suggerieren könnte, dass sich die Gesellschaften, die Kulturen der Welt durch die fortschreitende, tendenziell vollständige Telemediatisierung aller Lebenswelten auf *eine* Gesellschaftsform, auf *eine* (kapitalistische)Wirtschaftsform, auf *ein* politisches (Demokratie)Prinzip, auf eine (westliche)Kultur und auf *eine* (abendländische) Ethik als Fundament des Handelns hinzubewegt. Würde zugunsten der einen homogenen Informationsgesellschaft Vielfalt abgebaut? Ist das der Preis einer inklusiven Informationsgesellschaft?

Warum heißt es überhaupt Informationsgesellschaft und nicht vielmehr Wissensgesellschaft oder erst recht „Wissensgesellschaften“? Als Informationswissenschaftler kann ich im Prinzip sehr gut mit dem Begriff der Informationsgesellschaft leben. Die Informationswissenschaft, wie sicher auch die meisten Bibliothekare, stützen sich dabei nicht auf den quantitativen nachrichtentheoretischen Informationsbegriff aus der Tradition von Shannon/Weaver ab, sondern auf ein pragmatisches Verständnis von Information, nach dem Information die Teilmenge von Wissen ist, die in aktuellen Situationen benötigt wird, über die aber der in dieser Situation aktuell Handelnde nicht aus seiner eigenen Kompetenz verfügt. Also muss er sich Information verschaffen.

Eine Informationsgesellschaft ist dann in einem emanzipativen Sinne eine Gesellschaft, die jedermann in die Lage versetzt, zu fairen Bedingungen sich das Wissen aus den öffentlich zugänglichen Informationsressourcen aneignen zu können, dass er/sie in seinem privaten, professionellen und öffentlichen Leben braucht oder meint brauchen zu sollen. Die Informationsgesellschaft organisiert in einem balancierenden Interessenausgleich den fairen Umgang mit Wissen, indem sie solche Informationssysteme und –dienste entstehen lässt, die den Zugriff für jedermann möglich macht und zwar – um den Nachhaltigkeitsbegriff schon einmal wieder aufzugreifen – nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für nachfolgende Generationen. Dieser Gedanke des nachhaltigen Umgangs mit Wissen und Information ist zentraler Bestandteil des Ethos der Informationsprofessionellen, wie es die Bibliothekare weltweit an prominenter Stelle sind.

Aber dieses emanzipative nachhaltige Verständnis von Information und Informationsgesellschaft ist bestimmt nicht das derzeit politisch und ökonomisch dominante. Auch in der allgemeinen Öffentlichkeit wird der Begriff der Informationsgesellschaft vermutlich in erster Linie mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie in Verbindung gebracht und dann, als Konsequenz daraus, mit einem ökonomischen Verständnis der Informationsgesellschaft als Informationswirtschaft.

In ihr wird der größte Teil des Bruttosozialprodukts durch Informationsprodukte und –dienstleistungen erwirtschaftet, und die meisten Arbeitsplätze werden durch einen Bezug

zur den Informations- und Kommunikationstechniken und den durch sie möglich werdenden Diensten definiert und gesichert.

Vielleicht sieht man auch noch unter kritischen Sozialwissenschaftlern die soziale Dimension der Informationsgesellschaft, wenn die Technisierung und damit einhergehenden Ökonomisierung auch die Alltagswelten und das soziale Leben verändert. Aber die technischen und ökonomischen Sichten dominieren sicher.

Kein Wunder, dass bei diesem dominierenden Verständnis von Information und Informationsgesellschaft die Initiative für den Weltgipfel von der ITU ausgegangen ist², die dann entsprechend später von der UN-Vollversammlung mit dem federführenden Mandat für WSIS beauftragt wurde³.

Warum, so fragt so gut wie jeder, den man darauf anspricht, wurde nicht die UNESCO als die Sub-Organisation der UN mit der Zuständigkeit für die zentralen Informationsthemen wie Wissenschaft, Bildung, Kultur und Kommunikation federführend beauftragt? Vielleicht hat die UNESCO das Thema einfach nur verschlafen.

Oder hat sich die UN-Öffentlichkeit bei der Beauftragung an die alte Debatte um die Weltkommunikationsordnung erinnert und dann lieber die UNESCO ins zweite Glied gestellt?

Diese Debatte hatte schließlich zum Austritt der USA und England aus der UNESCO geführt. Die USA sah sich damals durch die „Politik“ der auf die Entwicklungsländer zugehenden UNESCO in ihren Interessen an einen „Free flow of information“ beeinträchtigt. Gemeint war natürlich in Wirklichkeit die Sicherung der Handelsinteressen der damals in der Entstehung befindlichen, sich global organisierenden Informationswirtschaft. Wir kommen darauf zurück.

Heute definiert sich die UNESCO selber als „Content-Organisation“. Content ist ein anderes Wort für Wissen. Wissen wird bislang immer noch als das grundlegende Kapital eines jeden Menschen bezeichnet, das er sich durch Erfahrung, Ausbildung und fortlaufende Weiterbildung (heute eben auch durch Ausnutzung der global verfügbaren Informationsressourcen) erworben hat. Was man weiß, gehört einem. Darüber kann man verfügen. Über Information nicht zwangsläufig. Information kann aus kommerziellen Gründen, wie jedermann weiß und wie es gerade die Bibliotheken schmerzhaft erfahren, künstlich verknappt werden.

Eine Wissensgesellschaft ist also eine Gesellschaft von informationell gebildeten Menschen, also von Menschen, die durch Erfahrung und Bildung in die Lage versetzt worden sind, einen eigenen gesicherten Bestand an Wissen aufzubauen und ausreichend Urteilskraft aufgebaut haben, die Relevanz und Validität neuer Information einschätzen zu können. Wird die neue Information nicht nur aktuell gebraucht und dann vergessen – wie es in der Informationsgesellschaft als neuer Typ von Wegwerfgesellschaft immer mehr geschieht -, sondern dauerhaft sich angeeignet, dann hat man neues Wissen gelernt. Man hat seinen eigenen Wissensbestand erweitert, manchmal nur modifiziert, zuweilen sogar durch neue Information, die altes „Wissen“ negiert, verringert.

Wissensgesellschaften können autonome Menschen schaffen, nicht mehr in dem Sinne, wie es vielleicht früher einmal ein Bildungsziel war, dass jeder alles im Prinzip selber wissen kann, was er zum Handeln braucht. Vielmehr sollte jeder in der Lage sein, sich der (technischen, institutionellen, aber auch Human)Ressourcen vergewissern zu können, die jedem das Wissen als Information zuspülen, das aktuell zum Erreichen privater, professioneller und öffentlicher Ziele gebraucht wird und das man selber bislang nicht hat.

Eine Informationsgesellschaft müsste also den Zugriff auf die Ressourcen für alle zu jeder Zeit von jedem zu fairen Bedingungen offen halten. Das wäre die allgemeine politische Zielsetzung eines Weltgipfels zur Informationsgesellschaft. Bei diesem Ziel spielen die Bibliotheken und Bibliothekare als institutionelle und personale Informationsvermittler eine entscheidende Rolle.

3. Interessen

Noch ist nicht entschieden, welche Richtung die Weltkonferenz bzw. beide Weltkonferenzen nehmen werden, ob – vereinfacht zugespitzt - sich eher die technischen und wirtschaftlichen Verwertungsinteressen der ITU und der in ihr stark vertretenen Privatwirtschaft durchsetzen werden oder ob der Versuch der UNESCO (und vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen) eine Chance haben wird, sich mit Bezug auf gleichermaßen informationsethische und sozialökonomische Prinzipien für einen nachhaltigen und inklusiven, jede Diskriminierung vermeidenden Interessenausgleich zur Überwindung der verschiedenen Wissensklüfte (*Digital divide*) einzusetzen.

Bleibt die Informationsgesellschaft eine technisch und ökonomisch dominierte, oder hat die emanzipatorische Sicht der Wissensgesellschaft eine Chance sich global entfalten zu können. Oder macht diese Gegenüberstellung überhaupt einen Sinn. Ohne Informations- und Kommunikationstechnik und ohne die ökonomische Verwertung von Wissen und Information wird sicher nicht der gesellschaftliche Reichtum geschaffen werden, der dann inklusive und nachhaltige Wissensgesellschaften entstehen lässt.

Wie auch immer - WSIS wird der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft Ende 2003 in Genf und Herbst 2005 in Tunis. Dass ein Weltgipfel der UN über zwei Jahre hinweg zweigeteilt durchgeführt wird, ist ungewöhnlich oder sogar ein Novum. Schon die Hangelei im Vorfeld um den Austragungsort deutet an, dass Spannungen zwischen den Erwartungen der entwickelten Informationsgesellschaften und der „informationsarmen“ Länder des Südens zu erwarten sind.

Grob wird es darum gehen, inwieweit sich den Entwicklungsländern Chancen über konkrete Maßnahmen eröffnen, die real existierende und sich bislang eher noch vertiefende digitale Spaltung in der Verfügung über den Zugriff auf die Informations- und Kommunikationsressourcen der Welt zu überwinden.

Die Association for Progressive Communications (APC) bringt es in ihrer Stellungnahme zum offiziellen Deklarationsentwurf auf den Punkt⁴:

„The document does not explicitly confront the fact that fundamental political, social and economic inequalities shape our world“

Afrika und viele andere Adopter- und Late-comer-Staaten wollen entsprechend in erster Linie das Thema des *Digital divide* bzw. der Entwicklungszusammenarbeit thematisieren (s. unten). China und andere Länder wie Syrien wollen eher Themen wie „Free access, Copyright, Privacy“ etc. ausklammern, also die Wertedebatte vermeiden.

Den entwickelteren Ländern geht es natürlich auch darum, Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen weltweit verfügbar zu machen – eröffnen sich doch nur so die benötigten weltweiten Märkte für Telekommunikations-, E-Commerce-, Medien- und Unterhaltungsdienste jeder Art. Aber sie sind auch daran interessiert, welches die neuen wegweisenden Architekturen für die schon jetzt intensiv genutzten Netzwelten sein sollen, z.B.

- wie können Ansprüche an intellektuellem Eigentum auch in elektronischen Räumen gesichert werden?
- wie kann Sicherheit in den Netzen zur Abwehr von Missbrauch (Terror, Kinderpornographie) verstärkt werden?
- welche Infrastrukturen für Forschung und Ausbildung sind im elektronischen Umfeld angemessen,?
- wer soll für die Kontrolle und Vergabe der Adressen im Internet zuständig sein?
- soll gar ein neuer zwischenstaatlicher oder internationaler, aber auf jeden Fall transparenter Mechanismus zur Steuerung und Koordination des Internet (Internet governance) entwickelt werden?

Erst recht nicht ist entschieden, ob sich um WSIS herum eine neue Diskussion um eine Weltinformations- und –kommunikationsordnung entwickelt, die, wie anfangs erwähnt, in der fatalen Zuspitzung dann Mitte der 80er Jahre zum Austritt der USA aus der UNESCO geführt hatte⁵.

Vorderhand und offiziell ging es um die Sicherung der Freiheit der Medien vor staatlichem Eingriff, und sei es aus dem Interesse der Entwicklungsländer, nicht länger im Informationsbereich fremdbestimmt zu bleiben. Vor allem die Medien wiesen und weisen mit penetranter Beharrlichkeit auf Art 19 der Universalen Menschenrechte hin⁶. In Wirklichkeit ging es angesichts des sich entwickelnden Informationssektors als treibende Kraft der Weltwirtschaft um die Kontrolle der Entscheidungen über Nutzung und Verfügung über Informations- und Netztechnologien und über die Kontrolle des weltweiten Datenverkehrs. Ältere Informationsprofessionelle werden sich an den „Nebenschauplatz“ der Informationskriege um den Zugriff auf wirtschaftsentscheidende Datenbanken wie Chemical Abstracts erinnern.

Fast schon grotesk, wie sich an der doch so harmlos erscheinenden Debatte um ein neues Grundrecht, nämlich um das „right to communicate“, die alte Kontroverse wieder neu zu entzünden scheint. Wer hätte heute bei den jüngeren Streitern aus der Zivilgesellschaft daran gedacht, dass mit dem in elektronischen Räumen doch selbstverständlichen Kommunikationsrecht Zensur und staatlicher Eingriff in die Freiheit der Medien assoziiert würde.

Genau das aber geschieht wieder. Und wieder geht es in Wirklichkeit um den Fortbestand der Informationsprivilegien der westlichen Welt, vor allem um die Dominanz der US-amerikanischen Medien- und Informationswirtschaft, gegen den sich die „informationsarmen“ Länder, erneut unterstützt von der UNESCO, mit dem Beharren auf den eigenen lokalen „Content“ zur Wehr setzen wollen. Nicht nur „lesen“ wollen sie, was ihnen an westlichen Informationsprodukten angeboten wird und für die sie bezahlen müssen, sondern sie wollen auch selber „schreiben“ und sich mit anderen austauschen. Das passive „right to read“ soll um die aktiven Rechte „right to write“ und „right to communicate“ ergänzt werden. Das definiert der Communication Rights Caucus of the WSIS Civil Society Plenary sehr deutlich:

„Communication is a fundamental participative and interactive process, now supported by technological developments, and is the foundation of all societal organization: a strong emphasis on communication rights should therefore be placed in the new societal organization we call Information Society. Therefore protection of communication rights, including cultural rights, development rights and individual rights in the cyberspace should be recognize as essential, promoted and guaranteed.“ Und

“The right to communicate is fundamental to the Information Society. This requires the recognition of the right of individuals and communities to a fair and equitable

access to the means of information and communication , as well as the right of fair and equitable access to information and knowledge that is relevant to their lives.”

4. Wie partizipativ kann WSIS sein?

Ein Weltgipfel der UN ist eine zwischenstaatliche Veranstaltung, bei der in erster Linie die Regierungsdelegationen aus den UN-Ländern die vollständigen Rechte haben: Teilnahme-, Eingabe-, Rede-, Antrags-, Entscheidungs-/Abstimmungsrechte.

Eine exklusive staatliche Zuständigkeit für solche Ereignisse ist jedoch heute kaum noch zu vertreten, und zwar gleichermaßen wegen Kompetenz- und Akzeptanzdefiziten der staatlichen Akteure in komplexen Policy-Bereichen, wie es zweifellos die Aufgabe darstellt, die Informationsgesellschaft im 21. Jahrhundert so auszugestalten, dass

- a) niemand, in Gegenwart und Zukunft, unbillig von den Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien ausgeschlossen bleibt (*Prinzip der Inklusivität* und *Prinzip der Gerechtigkeit*)
- b) dass der Zugriff auf Wissen und Information für Gegenwart und Zukunft für jedermann zu fairen Bedingungen offen und gesichert ist (*Prinzip des universalen Zugriffs* auf Wissen und Information und *Prinzip der Nachhaltigkeit* beim Umgang mit Wissen und Information).

Entsprechend wird auf UN-Gipfeln seit einiger Zeit die staatliche Präsenz und Zuständigkeit erweitert

- a) um internationale Organisationen (aus dem Umfeld der UN, aber auch anderer Organisationen)
- b) um Interessenvertretungen aus Wirtschaft und
- c) um Zivilgesellschaft-/Nicht-Regierungs-Institutionen

Diese drei Gruppierungen sind auch bei den Vorbereitungen für WSIS beteiligt, können im Vorfeld entsprechende Vorschläge einbringen und können beobachtend an den Vorkonferenzen teilnehmen. Die Beteiligung dieser Gruppen bedeutet weder eine Einschränkung der Souveränität der Entscheidungen staatlicher Organisationen noch ist diese Beteiligung als entgegenkommende Gewährung, als freundliche Geste der Regierungen, zu verstehen. Vielmehr ist dies eine *Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit*, wenn die Informationsgesellschaft nach den 4 eben erwähnten obersten Prinzipien (Inklusivität, Gerechtigkeit, universaler Zugriff, Nachhaltigkeit) realisiert werden soll.

Entsprechend geht es darum, die Regierungen zu beraten und ihnen Hilfestellung zu geben. Das ist ein wechselseitiger Prozess zwischen allen vier Gruppierungen. Genauso wie heute ersichtlich (wenn auch nicht unumstritten) ist, dass der Markt, die Wirtschaft, alleine nicht Probleme des Digital divide lösen kann, ist es auch ersichtlich, dass staatliche Maßnahmen alleine nicht den Herausforderungen der Informationsgesellschaft gerecht werden können. Ob dies über Private-Public-Partnerschaften, Auslagerungen z.B. an Institutionen der Zivilgesellschaft oder der Privatwirtschaft, internationale Projekte der internationalen Organisationen und globale Regimes geschieht, muss bei konkreten Anlässen und Problemen entschieden werden. Dass verteilte, nicht exklusiv staatliche Organisations- und Geschäftsformen gefunden werden müssen, ist klar.

5. Die besondere Rolle der Zivilgesellschaft

Eine besondere Rolle bei der Beteiligung kommt der Zivilgesellschaft zu. Denn wenn man sich darüber einig ist – und das wird in fortgeschrittenen Ländern der Fall sein –, dass weder Staat/staatliche Organisationen noch die (Informations-)Wirtschaft die Probleme der Informations- und Wissensgesellschaften lösen können, ist das Einbeziehen von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen unverzichtbar, wie gesagt, sowohl aus Kompetenz- als auch aus Akzeptanz- und damit Implementierungsgründen. Gegen die Expertise und die Interessen der Zivilgesellschaft werden sich keine Informations- und Wissensgesellschaften entwickeln können.

Bezüglich der Beteiligung der Zivilgesellschaft gibt es weltweit erhebliche Differenzen. Westliche Staaten, explizit die EU-Staaten, und unter den UN-Organisationen vor allem die UNESCO, haben kaum Berührungängste mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, auch wenn es für die jeweiligen staatlichen Delegationen schwierig ist, Personen nachgewiesen zu bekommen, die die heterogenen zivilgesellschaftlichen Gruppen repräsentieren können. Die Widerstände auf PrepCom2 gegen die Einbeziehung der Zivilgesellschaft kamen/kommen vor allem aus Staaten mittlerer Entwicklung (im Jargon der WTO sind das die Adopter-Staaten, die also noch nicht zu den Leader-Staaten gehören, aber auch den Zustand der Late-Comers verlassen haben, z.B. China, Syrien, Pakistan etc), weniger von Seiten der Late-Comers, also den in der Entwicklungsskala weit unten stehenden Staaten (die ganz andere, gravierendere Probleme haben).

Versucht man das zu interpretieren, so liegt man vermutlich nicht fehl in der Annahme, dass in eher staatsautoritären Ländern (viele der Adopter-Länder), die also nicht offene demokratische Strukturen wie bei den meisten Leader-Staaten haben, entweder sich die Zivilgesellschaft noch nicht institutionell entwickelt hat oder die entsprechenden Initiativen und Gruppierungen als „staatsbedrohend“ empfunden werden.

Auf der anderen Seite ist auch das Problem nicht zu verkennen, dass zivilgesellschaftliche Gruppierungen aus entwickelten Ländern zwar häufig von ihrem Anspruch her eine globale Perspektive einnehmen, sich aber in ihren programmatischen Äußerungen verständlicherweise aus dem Kontext positionieren, wo für sie die Probleme entstehen, in der Erwartung, dass zumindest die Prinzipien auch auf Länder anderer Entwicklungsstufen übertragen werden können.

Daher kommt den internationalen Organisationen z.B. UNESCO, UNEP, Bereiche von ECOSOC, IFLA (Bibliothekare), IFIP (Informatiker), ISOC, W3C) bzw. den international/global organisierten Gruppierungen der Zivilgesellschaft (Greenpeace, attack, CRIS, United Nations Volunteers and the Volunteer Working Group of the Civil Society Bureau) eine wichtige Rolle zu, die manche (attack, Greenpeace) bislang allerdings nur unzulänglich wahrnehmen.

6. Auf dem Weg zum Konsens?

Der bisherige Weg zum WSIS ist gut dokumentiert – man kann auch sagen „überdokumentiert“. Wohl niemand wird sich durch die vielen bisherigen Beiträge aus den vier Bezugsgruppen durcharbeiten können. Hier wäre eine stärkere synoptische Unterstützung durch das Genfer WSIS-Sekretariat hilfreich, wie sie ansatzweise die UNESCO für die verschiedenen offiziellen regionalen Vorkonferenzen geleistet hat.

Vor allem die jetzt vorliegende Version des Deklarationsteils steht kaum im Widerspruch zu den zahlreichen regionalen Vorkonferenzen und den bisherigen zentralen Vorbereitungskonferenzen und kann wohl auch von der Zivilgesellschaft, vielleicht hier

und da in anderer Akzentsetzung, mitgetragen werden. Ist das Ausdruck für einen globalen Konsens?

Ist also die Weltgemeinschaft auf dem Weg, einen Konsens in der Wertedebatte und auch in weiten Teilen der zu erwartenden Aktionspläne zu erzielen? Begünstigt wird dies, dass mit der United Nations Millennium Declaration von 2000 ein aktuelles Referenzdokument für den Wertekanon gegenwärtiger Gesellschaften vorliegt, der auch auf Themen der Informationsgesellschaft übertragen werden kann. Konkretisiert, mit Blick auf Informationsgesellschaft, ist das durch die Programmatik der von ECOSOC (Economic and Social Council der UN) Ende Juli 2000 eingesetzten UN ICT Task Force (UNICTF). Dort heißt es:

„We recognize a wide consensus that information and communication technologies (ICT) are central to the creation of the emerging global knowledge-based economy and can play an important role in accelerating growth, in promoting sustainable development and eradicating poverty in developing countries as well as countries with economies in transition and in facilitating their effective integration into the global economy“⁷.

Wie ist der WSIS-Stand heute? Der Tenor der bis zum 31. Mai 2003 eingereichten Stellungnahmen der verschiedenen Gruppierungen sind zum Teil sehr kritisch und bringen eigene Interessen und Ziele ein, sind aber von der Tendenz her überwiegend unterstützend. Generell wünscht man sich einen weitaus schlankeren Deklarationsteil und einen detaillierten, in den Zielen und operativen Vorschlägen sehr viel detaillierteren und verbindlicheren Aktionsplan.

Bemerkenswert ist die Einführung des Begriffs einer „inclusive global society“ „where all persons, without distinction, are empowered freely to create, receive, share and utilize information and knowledge for their economic, social, cultural and political development“. ICT wird klar unter die Entwicklungsperspektive gestellt. ICT ist nicht ein Zweck in sich selbst, sondern muss sich ausrichten auf „equitable growth and sustainable development on a global scale“. Wir fassen einige der bislang erarbeiteten Prinzipien zusammen:

- Zugang und Zugriff (*Access*) zur Information und freier Wissensaustausch soll zu den fundamentalen menschlichen Rechten gezählt werden. Universaler Zugriff auf Wissen und Information zu (v)erträglichen Kosten (*affordable cost*) ist Bedingung für Überwindung des *Digital divide* auf allen Ebenen.
- Die Informationsgesellschaft muss sich in transparenten, für alle nachvollziehbaren Umgebungen entwickeln: „democracy, transparency, accountability and good governance“ gehören zusammen.
- Nur informationell gebildete Bürger (*empowerment, human capacity*) können an der Informationsgesellschaft teilnehmen. Wissenschaft und Technologie müssen ausreichend abgesichert sein, damit sie weiter innovativ bleiben können.
- Kulturelle und sprachliche Vielfalt muss als Bedingung für Entwicklung in der Informationsgesellschaft weiter erhalten und gefördert werden, wesentlich auch durch die Produktion lokaler Inhalte. „Local content in a variety of languages disseminated through the media is indispensable in achieving sustainable development.“ Hierfür muss eine angemessene Balance zwischen den Rechten an dem produzierten geistigen Eigentum und den Nutzungsinteressen gefunden werden.
- Die Probleme der komplexen Policy-Bereiche der Informationsgesellschaft können nur durch die Beteiligung der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft gelöst werden („establishing new and innovative multi-stakeholder public-private partnerships“).

Auch in elektronischen Räumen müssen sich Vertrauen, Privatheit und Sicherheit entwickeln können, um bisherige Werte moderner Gesellschaften in die Informationsgesellschaft zu transformieren. Kann das der Konsens sein oder werden?

7. Zivilgesellschaftliche Skepsis

Das wird von Seiten vieler Vertreter aus der Zivilgesellschaft nicht als realistisch eingeschätzt.

Starke Kritik mit weitgehenden Änderungsvorschlägen kommt aktuell u.a. von

- Association for Progressive Communications (APC)
- Africa Civil Society Organizations
- Computer Professionals for Social Responsibility
- Consumers International
- The Global Unions
- Internet Society
- Rehabilitation International (supported by the International Commission on Technology and Accessibility)
- World Press Freedom Committee

Schon nach den ersten vorliegenden offiziellen Papieren der Regierungsdelegationen steht der Weltgipfel aus der Sicht der Zivilgesellschaft unter dem Verdacht, dass er weitgehend von technischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt werde.

Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen, die zivilgesellschaftliche Gruppierungen bei der global sich vollziehenden Anpassung der Urheberrechtsgesetzgebung an die elektronischen Umgebungen gemacht haben – Tendenz: Verstärkung der Urheber/Verwerter(schutz)rechte⁸, Relativierung von Nutzerrechten – besteht einige Skepsis bezüglich der Innovations- und Reformfreudigkeit der staatlichen Akteure, der diese Diskussionen eigentlich dominierenden globalen Regimes (z.B. WTO mit GATT und GATS) und der Informationswirtschaft.

- a) Bezüglich der Wertedebatte in dem (konzeptionell weitgehend abgeschlossenen) Deklarationsteil von WSIS bestehen also Zweifel, ob den genuinen Bedingungen elektronischen Umgebungen von Informations- und Wissensgesellschaften ausreichend Rechnung getragen werde. Vielmehr besteht weiter die Tendenz, bestehende Normen, bestehende Moralvorstellungen und etablierte Verhaltensformen und dann entsprechende Geschäfts- und Organisationsmodelle fortzuschreiben⁹.
- b) Weiter wird befürchtet, dass nicht zuletzt über den Einfluss der USA, Sicherheits- und Kontrollaspekte in internationalen Netzen und ihren Diensten in der Wertehierarchie höher angesiedelt werden, als klassische, in den bürgerlichen Gesellschaften erkämpfte Freiheitsrechte¹⁰, wie Informationsfreiheit, informationelle Selbstbestimmung, Kommunikationsrecht, Barrierefreiheit, Recht auf universellen Zugriff zu den Wissensressourcen der Welt, Schutz von und Recht auf Privatheit,....
- c) Kaum ist bislang kaum erkennbar, inwieweit durch die Formulierungen im Deklarationsteil und den (bislang noch sehr rudimentär ausgearbeiteten) Maßnahmen im Aktionsplan dem grundlegenden Prinzip der Nachhaltigkeit auf eine Weise entsprochen wird, die den Gegebenheiten elektronischer Räume Rechnung trägt. Natürlich kommt Nachhaltigkeit an vielen Stellen vor, jedoch fehlt

eine systematische Sicht auf Nachhaltigkeit in der Informationsgesellschaft, wie sie von UNEP in ihrer Stellungnahme zu den vorliegenden WSIS-Papieren gefordert wird¹¹ und wie sie in der „Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft“¹² formuliert ist.

- d) Im (in der Entstehung befindlichen) Aktionsplan sei kein wirklicher Durchbruch zur Überwindung des Digital divide zu erwarten, da sowohl staatliche Organisationen, internationale Regimes als auch die private Wirtschaft angesichts problematischer Weltwirtschaftslage kaum zu größeren Zugeständnissen (z.B. in Richtung eines International solidarity fund als Muster eines globalen Ausgleichsmodells auf Kontraktbasis) bereit seien, ohne die die Late-comer-Staaten den Anschluss an die Informationsgesellschaft kaum erreichen werden.

1. Gehen wir auf den letzten Punkt eines globalen Ausgleichsmodells noch etwas näher ein.

Unter dem Abschnitt „55-Finanzierung“ der „List of Issues“ des „Draft action plan“ (WSIS/PC-2/DT revised) vom 21.3.2003 ist von einem „Digital solidarity fund“ die Rede. Dieser Fund, finanziert über eine innovative Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, soll vor allem zum Aufbau von ICT-Infrastrukturen der am wenigsten entwickelten Länder („Latecomers“) verwendet werden¹.

Es wird im Folgenden vorgeschlagen, dass die Weltgemeinschaft, insbesondere die europäischen Staaten sich zu dieser Idee eines „Digital solidarity fund“ positiv verhalten. Ein globales Ausgleichsmodell beruht einerseits auf der Bereitstellung von Co-Finanzierungsmitteln durch die „Leader“-Länder und die Bereitschaft der „Latecomer“- und „Adopter“-Länder, die hohen Standards der „Leader“-Länder in zu vereinbarenden Zeiträumen zu akzeptieren. Das Ausgleichsmodell soll „Win-win“-Situationen ermöglichen, liegt also grundsätzlich im wechselseitigen (mittel- und langfristigen) Interesse aller Beteiligten bzw. Betroffenen.

Zu definieren, welches die (im Kontext von WSIS) zu akzeptierenden hohen Standards im einzelnen sind, ist Teil der politischen Zielformulierung des Ausgleichsmodells. Bislang galten als solche hohen Standards:

- konsequente Liberalisierung und Privatisierung der IuK-Märkte;
- faire Wettbewerbsbedingungen/offene Märkte;
- Einhalten von Menschenrechten;
- Förderung von kultureller/medialer Vielfalt und Unabhängigkeit; Demokratisierung,
- Aufbau zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen
- seit der Rio-Konferenz auch nachhaltige Entwicklung, im Kontext von WSIS auch mit Blick auf ICT-Technologie zur Vermeidung von umweltschädlichen „Rebound“-Effekten durch massenhaften Einsatz von ICT-Endgeräten auch in „Latecomer“- und „Adopter“-Staaten.

Das Interesse des „Nordens“/der „Leader“ an Ausgleichsmodellen besteht darin, dass auch im globalen Maßstab die ökonomische, ökologischen, politischen, kulturellen und sozialen hohen Standards durchgesetzt werden können. Aber nicht alles, wie z.B. ökologisches Wirtschaften oder Schutz von intellektuellen Eigentumsrechten, liegt im

¹ Es wird im Folgenden die bei der Weltbank gebräuchliche Unterscheidung zwischen Leader-, Adopter- und Latecomer-Staaten aufgegriffen, die die Dichotomie zwischen sich entwickelnden und entwickelten Ländern vermeidet. Die jeweilige Zuordnung ist abhängig vom Stand der Entwicklung und wird von der Weltbank dokumentiert.

primären Interesse des „Südens“/der „Latecomer“-Staaten, die am meisten von dem „Digital divide“ betroffen sind.

Sollen die „Latecomer“-Staaten diese für ihre Gesellschaften zumindest momentan komparativen „Vorteile“ aufgeben, so müssen entsprechende Kompensationsangebote gemacht werden, hier vorgeschlagen über die Co-Finanzierungsmittel eines globalen „Digital fund“.

Bei dem globalen Ausgleichs- bzw. Kompensationsmodell handelt es sich nicht um Entwicklungspolitik nach dem (karitativen) Förderprinzip und auch nicht um eine Entwicklungspolitik über (verbilligte) Kreditvergaben (die ohnehin in der Regel nicht zurückgezahlt werden können, aber Abhängigkeiten schaffen). Ausgleichsmodelle setzen auf vertragliche vereinbarte Rechte und Pflichten.

Europa, in der EU, kann bei einer Initiative zur Realisierung eines globalen Ausgleichsmodells auf die langjährige erfolgreiche Erfahrung mit solchen Modellen auf freiwilliger und dann verbindlicher Kontraktbasis in den europäischen Ländern mit ihrer hoher sozialen, kulturellen und ökologischen Diversität verweisen.

Die Übertragung des Ausgleichsmodells auf die globale Ebene stellt sicherlich angesichts der weitergehenden, auch ökonomischen und politischen Diversität der Länder der Welt eine große, aber zu bewältigende und zwingende Herausforderung dar.

Es sollte vermieden werden, die in dem Ausgleichsmodell einzuhaltenden Standards zu eng an die Wertvorstellungen der „Leader“-Staaten zu binden und Prinzipien der inklusiven und nachhaltigen Entwicklung Priorität einzuräumen.

Die Zielvorstellungen der Co-Finanzierungen zu quantifizieren, ist sicherlich schwierig, aber unerlässlich. Sie müssen ausgehandelt werden, wobei auch innerhalb der „Leader“-Länder (und eventuell der „Adopter“) differenziert werden muss. Entsprechend ähnlichen Erfahrungen – Marshall-Plan der USA, EU-Modell, Montrealer Protokoll zu den Fluorwasserstoffen, „Fair-trade“-Bewegung etc. – sollte als Ziel 1-2% des jeweiligen Bruttosozialprodukts anvisiert werden, auch bei derzeit eher schwieriger Konjunktorentwicklung von „Leader“- und „Adopter“-Staaten.

Wird die Überwindung des „Digital divide“, entsprechend den umfassenden politischen Erklärungen der letzten Jahre (z.B. Okinawa der G8, UN-Millennium Plan, UNESCO-„Information for All Programme“, etc.), als zentrale ökonomische, soziale und politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts angesehen, so kann von der Weltöffentlichkeit kein Rückzug auf momentane, sicherlich gravierende eigene Haushaltsprobleme akzeptiert werden.

2. Auch für Länder wie die Schweiz und die EU und insgesamt für eine WSIS-Strategie und –Aktionsplan ist die Perspektive einer Weltinnenpolitik unverzichtbar. Das vorgeschlagene (zu präzisierende) globale Ausgleichsmodell ist zentraler Bestandteil einer solchen Weltinnenpolitik und wichtige Komponente in einer neuen ökosozialen Marktwirtschaft.

8. Trenderwartungen

Arbeitet man sich durch die zahlreichen bis zum 31.5. eingereichten Stellungnahmen der vier WSIS-Gruppen durch, dann zeigt sich, dass die Interessenlage durchaus nicht homogen ist und dass bis zum Gipfel einige Konflikte zu erwarten sind. Um nur einige Problembereiche/Fragen zu benennen und – plakativ und subjektiv-spekulativ – dazu Stellung zu beziehen:

- Inwieweit sind die „Leader“-Staaten bereit, sich an einem globalen Ausgleichsmodell, z.B. über einen im Aktionsplan vorgeschlagenen internationalen Solidaritäts-Fund, zu beteiligen¹³, damit die verschiedenen Ausprägungen von Digital divide überwunden werden können?

Bislang überwiegt in den Stellungnahmen Skepsis, vor allem aus den Leader-Staaten.

- Wird das Gender-Thema zu einem WSIS-Schwerpunkt?

Bislang vernachlässigt, drängen viele Stellungnahmen aus durchaus heterogenen Ländern auf eine umfassende Berücksichtigung des Genderthemas und der Frauenförderung speziell.

- Bestehen Chancen für eine nach nachhaltigen Prinzipien entwickelte Informationsgesellschaft?

Es ist nicht zu erwarten, dass sich in den nächsten Monaten eine durchgängig akzeptierte Sicht auf eine Wissensökologie (als Kontrapunkt zur Wissensökonomie) durchsetzen wird.

- Wie weit darf das Sicherheits- und Kontrollinteresse der Staaten in die Freiheitsrechte der Bürger eingreifen? Verstärken sich wieder – mit positiven und negativen Effekten - staatliche Interventions-, Überwachungs- oder sogar neue Regulierungsformen?

Sicherheit und Kontrolle wird vermutlich tendenziell zum Hauptthema von WSIS.

- Meldet sich der Staat in der Zuständigkeit für die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft zurück oder übernehmen das zunehmend globale Regimes wie die WTO?

Tendenziell laufen die Aktivitäten der globalen Regimes (z.B. die GATS-Verhandlungen) an WSIS vorbei. Neue Geschäfts- und Organisationsmodelle für den Umgang von Wissen und Information beginnen sich vorsichtig zu entwickeln, vor allem aus der Musikindustrie.

- Intensiviert sich der in den letzten Jahren deutlich erkennbare Trend, Wissen und Information, Medien, Kultur, Forschung und Ausbildung primär unter ökonomischen Verwertungsperspektiven zu sehen? Gelingt es der Wissenschaft und den ihnen zugeordneten Vermittlungsinstitutionen (Bibliotheken) den Zugang zu Wissen, dessen Entstehen mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, offen und frei zu halten (frei im Sinne von freizügig und kostenlos)?

Bislang wird in den offiziellen Papieren auf alternative Publikations- und Vermittlungsformen (alternativ zur kommerziellen Verwertung) kaum eingegangen. Wissenschaft und Bibliotheken (auch IFLA) melden sich jedoch zu Wort – mit öffentlichen Geldern produziertes Wissen gehört grundsätzlich zur public domain. Alternative offene Formen entwickeln sich weltweit.

- Unterstützen die Staaten die kommerzielle Verwertung von Wissen, wie es sich jetzt zu zeigen scheint, z.B. durch Ausweitung der Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums? Oder wird das öffentliche Interesse an der Bewahrung und Förderung öffentlicher Güter sich Geltung verschaffen können?

Durch WSIS werden voraussichtlich Rechte an intellektuellem Eigentum bestätigt oder sogar ausgebaut. Es werden jedoch vermutlich Modelle für Public domain (commons) entwickelt.

- Können sich Interessen der Verbraucher individuell und über entsprechende Verbraucherschutzverbände auf elektronischen Märkten behaupten?

Verbände beginnen auch immaterielle Güter in den Verbraucherschutz einzubeziehen. Consumer protection wird ein Thema von WSIS..

- Werden sich von der Zivilgesellschaft eingeforderte Werte und Rechte weiter auch in elektronischen Umgebungen entwickeln können, wie freier Zugriff auf Information, Förderung von Kreativität und Informationskompetenz, Recht auf Privatheit, Recht auf freizügige Kommunikation, Bereitschaft, Wissen zu teilen, Chancengleichheit ohne jede Diskriminierung auf individueller, sozialer und globaler Ebene?

Man wird sehen.

9. Sind Bibliotheken involviert?

Die Bibliotheken werden im vorliegenden *Deklarationsentwurf* nur einmal direkt erwähnt. Im Hauptteil C „An information Society for all: key principles“ heißt es unter „Information and communication infrastructure“ bezüglich der Community access points:

Public access from community centres such as post offices, libraries, and schools, provides an effective means for promoting universal access in particular in rural and remote areas and poor urban areas. (19)

Im *Aktionsplanentwurf* heißt es zum Thema “Universal Access”:

“In order to achieve affordable and universal access in basic services it is essential: ... to develop connectivity for institutions accessible to the public such as schools, libraries, post offices, etc”.

Beim Thema content wird an letzter Stelle erwähnt: “ Libraries and archives should be supported as content providers.”

Bei der Entwicklung von jeweils nationalen “E-Strategies“ wird auf die Expertise von Bibliothekaren für die Ausbildung von “content workers“ hingewiesen:

„Equipping and training content workers in the LDCs, such as archivists, librarians, scientists, teachers and journalists in making use of the expertise and operational capacity of the relevant international professional organizations.”

Auch beim Copyright-Thema sind die Bibliotheken angesprochen:

“Ensure free access to all scientific and engineering data and information that are available in archives, libraries and research institutions.” Und: “Rules of loans existing in traditional libraries must be extended without hindrance to digital media belonging to online libraries”.

Und dann noch einmal zentral zum Content-Thema:

„Publishers and libraries should play a crucial role in promoting knowledge, creativity and science and should be fully involved in the Information Society”.

Schließlich bei den Vorschlägen zur Überwindung von Digital divide:

“Bridging the digital divide is best achieved by government programmes increasing funding for the provision of books and other publications in libraries as well as for

connecting end-users to the Internet, especially in developing countries and disadvantaged groups in developed nations.”

Die Zivilgesellschaft hat in ihrem Kommentar zum Deklarationsteil einige hier einschlägige Erweiterungen eingebracht:

Beim Access-Thema sollte ein neuer Abschnitt eingefügt werden:

40C The Information society is partly the result of the recent technological revolution. Science and technology are a driving force of global development. The public domain for scientific and engineering data must be strengthened as it plays a crucial role in the provision and dissemination of knowledge. Therefore academic and public research results should be as far as possible included in the public domain. In addition free access for all scientific and engineering data and information in all archives, libraries and research institutions should be made available in the information society.

Der Aktionsplanentwurf aus der Zivilgesellschaft geht eher marginal auf die Rolle der Bibliotheken ein, z.B. wird auf die Infrastrukturrolle der Bibliotheken eingegangen:

„Public funding should be made available to ensure Internet access in public institutions such as schools, libraries, and community centres”.

Beim Access-Thema heißt es:

“Rules of loans existing in traditional libraries must be extended without hindrance to digital media belonging to online libraries”; ebenso: “Ensure free access to all scientific and engineering data and information that are available in archives, libraries and research institutions.”

WSIS sollte auch dazu dienen, eine Positionierung der Bibliotheken und Bibliothekare zu erreichen, die den Rahmenbedingungen elektronischer Räume gerecht werden kann. Hierfür zeichnen sich u.E. zumindest die folgenden thematischen Schwerpunkte ab:

- Bibliotheken sind die entscheidenden Garanten für den freien (unzensurierten, offenen und nach Möglichkeiten auch gebührenfreien/kostenlosen) Zugriff auf das publizierte Wissen der Welt.
- (Öffentliche/wissenschaftliche) Bibliotheken sollten, wenn irgend möglich, sich den Tendenzen widersetzen, ihre Dienste gegen Gebühren anzubieten und von den Finanzierern entsprechenden Einsatz laufend einzufordern.
- Die „geborenen“ Partner für Bibliotheken sind die Produzenten von Wissen, nicht die Verwerter. Entsprechend sollten sie alle Anstrengungen unternehmen,
- die Rechte der Autoren zu schützen (das sind in erster Linie Referenzierungsrechte, nicht Verwertungsrechte);
 - Voraussetzungen zu schaffen, z.B. über lokale und dann vernetzte Publikationsserver, dass die Produzenten ihre geistigen Produkte offen, frei zugänglich und dauerhaft gesichert ins Netz stellen können;
 - den Nutzern und Produzenten von Wissen und Information den Zugang zum gesamten (Fach)Wissen über lokale und dann vernetzte Portale bereitzustellen.

- Entsprechend müssen sich Bibliotheken immer weniger um den eigenen Bestand kümmern (das kann weitgehend über einige wenige Zentren abgedeckt werden), sondern um die Referenz- und Supportfunktionen.
- Bibliotheken sind vertrauenssichernde Institutionen. Sie sollen die Privatheit ihrer Kunden, das Recht auf Anonymität der Nutzung gegen jeden Überwachungs-, Filter-/Abblock-/Sicherheits-Anspruch, von welcher Seite auch immer, unterstützen. Bibliotheken sollte kein staatlicher Kooperationsanspruch (Offenlegen der persönlichen Daten) auferlegt werden, es sei denn, dies ist demokratisch transparent legitimiert.
- Bibliotheken sind vor allem in den Late-comer-Staaten, aber nicht nur dort, die „geborenen“ Institutionen für lokale „Access points“. Sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit beim Umgang mit IC-Technologien (Vermeiden/Reduzieren des Rebound-Effektes bei globaler Ausweitung von IC-Hardware).

¹ Professor für Informationswissenschaft an der Universität Konstanz und Vorsitzender des Fachausschusses Kommunikation und Information (FA-CI) der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK). Die folgenden Ausführungen sind nicht offiziell mit den Gremien der DUK abgestimmt, obgleich von den UNESCO-Diskussionen beeinflusst, sondern sind persönliche Einsichten und Meinungen des Verfassers.

² Entsprechend ITU Resolution 73 (Minneapolis Plenipotentiary Conference, 1998), bestätigt vom ITU Council, Resolutions 1158 und 1179; vgl. <http://www.itu.int/wsis/>

³ WSIS geht auf eine Initiative der International Telecommunication Union (ITU) von 1998 zurück. Diese Idee hat die UN-Generalversammlung in ihrer Resolution 56/183 vom 21.12.2001 aufgegriffen und den offiziellen Beschluss gefasst, einen entsprechenden Weltgipfel als UN-Veranstaltung durchzuführen. ITU bekam die "leading managerial role" im eingerichteten „Executive Secretariat“ in Genf übertragen. An der Vorbereitung sind aber auch andere Sub- und Sonderorganisationen der UN beteiligt, wie das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisation für intellektuelles Eigentum (WIPO), das UN-Umweltprogramm (UNEP), die Welternährungsorganisation (FAO) sowie, entsprechend ihrem allgemeinen Mandat für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation, die UNESCO.

⁴ Zitate (auch im Folgenden) aus der ITU-Website unter: <http://www.itu.int/wsis/>; aktuell die Beiträge der Gruppierungen bis 31.5.2003 unter: http://www.itu.int/wsis/documents/listing-all.asp?lang=en&c_event=pci|1&c_type=all

⁵ Vgl. V. Metz-Mangold: Es sei denn, wir wären selbst betroffen ... Ein Jahrzehnt Kommunikationsdebatte. Publizistik 29, 1984, Heft 3-4. 246-261

⁶ „Freedom of expression“ wird in den WSIS intensiv eingebracht von dem World Press Freedom Committee, z.B. unter “(4) That Freedom of Expression is a crucial element of all the proposals, discussions, research and decision-taking by the Summit and elsewhere -- including by governments, communities, inter- governmental organisations and other institutions and that it should be regarded as a cornerstone of all WSIS activity; und (5) That Freedom of Expression should not be restricted by political, social, religious or cultural constraints”:

Art. 19 wird ja ohne Zweifel von der Zivilgesellschaft als grundlegend eingeschätzt. Der Communication Rights Caucus of the WSIS Civil Society Plenary weist jedoch zu Recht auf die größere Komplexität des Problems hin: „the principles of a better balanced flow of information, free circulation of ideas, press freedom, participation in the communication process, and knowledge sharing will become truly meaningful only when they are viewed as being supported by a consistent articulation of rights, not just Article 19” (wie privacy, freedom of thought, Freedom of peaceful assembly, The right to education , The right to participate in the cultural life of the community as well as intellectual property rights).

7 Draft ministerial declaration of the high-level segment submitted by the President of the Economic and Social Council on the basis of informal consultations- <http://www.un.org/documents/ecosoc/docs/2000/e2000-19.pdf>; zum Aktionsplan von UN ICT Task Force vgl. <http://unictaskforce.org/about/planofaction.asp>; als Referenzdokument für die Informationswirtschaft könnte die von der G8 2000 verabschiedete Okinawa Charter on Global Information Society sein

Weitere Referenz- und Leitdokumente sind neben der grundlegenden Universal Declaration of Human Rights - UN 1948 die folgenden Erklärungen, um nur einige exemplarisch zu nennen:

- Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms – Council of Europe 4.11.1950, Inkraft 3.9.1953
- International Covenant on Civil and Political Rights – UN 16.12.1966, in Kraft 23.3.1976
- International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights – UN 16.12.1966; in Kraft 3.1.1976
- American Convention on Human Rights (1979; 1978)
- Vienna Declaration and Programme of Action. World Conference on Human Rights. Vienna, 14-25 June 1993
- American Declaration on the Rights and Duties of Man 1998
- Okinawa Charter on Global Information Society der G8 von 2000
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union von 2000
- Declaration of Principles on Freedom of Expression (Inter-American Commission on Human Rights) (2002)
- EU-Kommission – eEurope 2002 - Eine Informationsgesellschaft für alle Aktionsplan

- UNESCO'S Contribution to the World Summit on the Information Society. 166 Executive Board. March 2003

⁸ Für die Interessen der Urheber und Verwerter auf WSIS setzt sich zu.B. intensiv ein die Coalition of content creators, publishers and producers: "Creation and dissemination of digital content necessitate time, effort, skill and investment. Creativity is best stimulated via copyright protection. Copyright encourages progress and diversity and is a requirement, rather than a limitation, for making content available to users. "Free access to information" cannot and should not mean "free of charge".The potential of intellectual property rights can be used for job creation growth, prosperity and for dissemination of information and know-how. Intellectual property protection promotes innovation and investment and helps develop a market for a large variety of on-line and off-line content."

⁹ Ein Hinweis darauf war die Tatsache, dass beim ersten Deklarationsentwurf die Hauptsektion 11 „Ethical Principles“ vollkommen leergeblieben war.

¹⁰ Vgl. "We are very concerned about the sections on 'Building Confidence and Security in the use of ICTs', an increasingly important and controversial issue. The wording in the text is not based on sufficient discussion with relevant stakeholders, and demonstrates a lack of awareness of current debates in this area" (Stellungnahme von APC)

¹¹ "We welcome the fact that the draft declaration now includes references to sustainable development and recognises that ICT can affect the environment. However the environmental issue is not dealt with in a systematic way and is totally absent from the action plan.

In addition the draft declaration does not clearly state that sustainable development includes an environmental perspective and it does not make the necessary distinction between direct environmental impacts from the products themselves and the positive and/or negative environmental impacts that result from the use of ICT (UNEP über die ITU/WSIS-website)

¹² „Die "Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft" fordert einen an Nachhaltigkeitsprinzipien orientierten freizügigen und inklusiven Umgang mit Wissen und Information. Die Herausforderung der Wissensgesellschaft besteht darin, den Menschen das Wissen anderer über den Zugang zu Information offen zu halten und sie so auf einer sicheren Grundlage handlungsfähig zu machen.

Die Charta setzt einen Akzent gegen die zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung von Wissen und Information. Denn eine Gesellschaft, in der der Schutz von geistigem Eigentum das Wissen zunehmend zum knappen Gut macht, ist nicht nachhaltig" (http://www.worldsummit2003.de/download_de/Charta2-0.rtf).

¹³ Vgl. R.- Kühlen: